daß weder der Prinz von Mingrelien noch Prinz Waldemar, sondern ein slawischer Prinz, dessen Namen der Zar nicht nennt, zum Fürsten von Bulgarien werde gewählt werden. Wahrscheinlich handle es sich um den Großfürsten Michael Michailowitsch. Aus den Geständnissen Popow's geht hervor, daß das Verschwörungscomité aus Popow, Wassilijew, Belew, Mussewitsch, Kriezow und Aristow zusammengesetzt war. Letztere Beiden gehörten der slawischen Wohlthätigkeitsgesellschaft an und vermittelten das nöthige Geld. Jankow wußte von dem Verschwörungsplan. Milarow sollte auf den Fürsten schießen. Es bleibt noch durch Zeugen zu ermitteln, ob es glaubhaft ist, daß Milarow auf die Ausführung des Complots gegen den Fürsten freiwillig oder gezwungen verzichtet habe. In Odessa, dem Hauptsitz der bulgarischen Emigration, wurde der Eid geleistet. Ausführlich erzählte Popow die Machenschaften des russischen Viceconsuls in Burgas, Emilianow, während des Aufstandes im Jahre 1886, der durch Nabokow und Kischelew in Scene gesetzt worden war.

Die Entwickelung der Dinge in Marokko wird von allen Mächten mit Aufmerksamkeit verfolgt, doch sind, was die ihnen zugeschriebenen Dispositionen betrifft, nämlich die Entsendung von Kriegsschiffen nach Tanger, die bezüglichen Meldungen mancher Blätter unzutreffend. Speciell die Dreibundmächte legen, entgegen den Nachrichten von der Absendung von Kriegsschiffen, nach unseren Berichten die größte Zurückhaltung an den Tag. Sollten Maßnahmen zum Schutze der eigenen Staatsangehörigen erforderlich werden, so wird es an solchen gewiß nicht mangeln. Allein darüber hinaus dürfte sicherlich von keiner Seite gegangen, sowie überall darauf Bedacht genommen werden, sich in keine Verwickelung hineinziehen zu lassen.

Deutsches Reich.

ßß. Berlin, 6. Juli. Die gestrige Sitzung des Staatsministeriums dehnte sich ungewöhnlich lange aus, sie dauerte über fünf Stunden. Wie wir telegraphisch gemeldet, nahm auch der Reichskanzler Graf Caprivi an der Sitzung Theil. In der That sind in der Sitzung die jüngsten in der Münchener „Allg. Ztg." und in den „Hamburger Nachrichten" veröffentlichten und Fürst Bismarck zugeschriebenen Artikel zur Sprache gekommen. Graf Caprivi scheint nämlich eingesehen zu haben, daß er mit der in der „Nordd. Allg. Ztg." versuchten Erwiderung auf das viel besprochene Interview der „Neuen Freien Presse" nicht gerade Lorbern errungen hat und scheint sich vor Fortführung der Polemik des Einverständnisses des Staatsministeriums versichern zu wollen. Die Auslassungen in der „Nordd. Allg. Ztg." werden nämlich lediglich auf den Grafen Caprivi als Reichskanzler zurückgeführt und sollen nicht durchaus den Beifall sämmtlicher Minister gefunden haben. In der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums wurde nun — wenn wir recht berichtet sind — beschlossen, von einer weiteren Polemik in der Presse abzusehen. Mit diesem Beschluß steht es nicht im Widerspruch, daß in der heutigen Ausgabe des „Reichs-Anzeiger" erklärt wird, Graf Caprivi habe vor seiner Berufung in das Amt des Reichskanzlers keinerlei Beziehungen zu politischen Parteien unterhalten. Alle wahren Patrioten werden mit Befriedigung Kenntniß nehmen von dem gestrigen Beschluß des Staatsministeriums und nur bedauern, daß er nicht bereits vor 14 Tagen gefaßt worden ist. — Die gestrige Sitzung des Staatsministeriums war die letzte vor den „Ferien" des Ministeriums. Minister Dr. Bosse ist gestern Abend bereits nach Karlsbad abgereist, Ende dieser Woche verläßt auch Herr v. Berlepsch Berlin und die anderen Minister folgen abwechselnd nach. Erst im September ist das Staatsministerium wieder vollzählig versammelt. Es ist also wahrscheinlich, daß man sich gestern auch über die Grundzüge, nach welchen die Steuerreform weitergeführt werden soll, schlüssig gemacht hat. Im September dürfte wohl die Vorlage bereits dem Gesammtministerium unterbreitet werden. Auch die Meldung dürfte begründet sein, daß in dem vorzubereitenden Gesetzentwurf der Staat auf die ganze Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu Gunsten der Gemeinden unter Aufhebung der lex Huene verzichtet, daß dagegen als Staatssteuer neben der allgemeinen Einkommensteuer eine nach dem Vermögen bemessene Ergänzungssteuer eingeführt wird. — Auch die Frage der Berliner Weltausstellung ist im gestrigen Ministerrath verhandelt worden. Die preußische Regierung ist dem Reichskanzler durchaus in der Auffassung beigetreten, daß der Plan seitens des Reiches und der Einzelstaaten jegliche Förderung erfahren soll, sobald nachgewiesen ist, daß die weitesten Kreise der deutschen Industriellen den ernsten Wunsch nach dieser Ausstellung dargethan und entsprechend Bürgschaft geleistet haben. — Der frühere Cultusminister Graf Zedlitz, der sich bekanntlich vor einigen Wochen einer lebensgefährlichen Operation unterzogen hat, ist völlig wieder hergestellt. Auf der Durchreise berührte er gestern Berlin und machte dem Grafen Caprivi einen längeren Besuch. Es verlautet, daß Graf Zedlitz in nicht langer Zeit wieder in ein höheres Staatsamt eintreten werde.

△ Berlin, 6. Juli. Wie vor einiger Zeit schon mitgetheilt wurde, hat der Verein für Socialpolitik seine Generalversammlung für dieses Jahr auf den 30. September und 1. October anberaumt und zwar soll dieselbe in Posen abgehalten werden. Die Wahl des Ortes hat ihre besondere Bedeutung, insofern die Versammlung diesmal ausschließlich mit den Fragen der Agrarpolitik befaßt werden soll. In der Ankündigung heißt es: „Der Verein, der in seiner letzten Versammlung die industrielle Arbeiterfrage behandelte, glaubte diesmal seine ganze Kraft auf die wichtige Frage concentriren zu sollen, in welcher Lage die ländlichen Arbeiter sich befänden, welche Reformen hier angezeigt seien; er meint, daß dies nur möglich sei im Zusammenhang mit der Erörterung jener anderen, ob unser kleiner Bauernstand sich erhalten lasse, ob man demgemäß die innere Colonisation zu fordern habe, ob die Bestimmungen unseres heutigen Rechts über Vererbung, Verschuldung u. s. w. zweckentsprechende seien. Die Frage der Erhaltung unseres deutschen Bauernstandes ist die Frage der socialen Zukunft des deutschen Reichs; daher haben alle Parteien, alle Classen, noch mehr alle Patrioten dringend Ursache, sich über sie klar zu werden." Dem ist ohne Weiteres zuzustimmen und eine lebhafte Theilnahme an den Posener Verhandlungen ist praktisch von um so größerer Tragweite, als die Reformen auf dem agrarpolitischen Gebiete noch in ihren Keimen stecken, während die auf dem Gebiete der industriellen Arbeiterverhältnisse bereits zu einem gewissen Abschluß gebracht waren, als im vorigen Jahre der Verein für Socialpolitik hierüber in die Erörterung eintrat. Damals, in Frankfurt a. M. handelte es sich vornehmlich um einen Streit der sogenannten Kathedersocialisten mit den Vertretern einer socialreformatorischen Richtung, die den Boden der Wirklichkeit nicht unter den Füßen verlieren und namentlich die Concurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland entscheidend mitsprechen lassen will. Jetzt in Posen, wird die Auseinandersetzung in ganz andere Bahnen einlenken können. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es der preußischen Staatsregierung in den letzten fünfzehn Jahren der wirthschafts- und socialpolitischen Neuerungen vielleicht an der nöthigen Zeit, jedenfalls aber auch an der nöthigeren Entschlossenheit gefehlt hat, eine Agrar-Reformpolitik im großem Zuge einzuleiten, die zur Sicherung und Entwickelung eines kleinbäuerlichen Besitzes im Bereich der Großgüter und der Latifundienbildung unerläßlich ist. Die Schaffung eines Bauernstandes dort, wo die socialen Verhältnisse sich zum Ungesunden entwickelt haben, ist in durchgreifender Weise unter staatlicher Mitwirkung allerdings begonnen worden, aber nur im Interesse der Zurückdrängung des polnischen Einflusses. Ueber das polnische Sprachgebiet in den Provinzen Posen und Westpreußen hinauszugreifen, hat die Staatsgewalt bisher sich nicht entschließen mögen. Wir glauben mit Sicherheit erwarten zu dürfen, daß die in Aussicht gestellten Schriften und Referate von Sering, Bentuer und Gierke mit unwiderleglichen Beweisen das Bedürfniß eines solchen weiteren Ausgreifens, namentlich auf Pommern, Ostpreußen, Mittelschlesien und Brandenburg erhärten werden. Die neuerdings erfolgte Wiederherstellung des Instituts der Rentengüter kann als durchgreifende Hilfe nicht betrachtet werden, dies um so weniger, so lange noch nicht einmal dem Institut der Fideicommißbildung eine feste Schranke gezogen wird. Mit welchen Aussichten soll der ländliche Arbeiter selbst auf den Erwerb eines Kleingutes, der jüngere Sohn des Bauern auf den Erwerb einer eigenen bäuerlichen Wirthschaft hinarbeiten, der gewerbliche Arbeiter die Rückkehr zur Landwirthschaft sich als Ziel sehen, wenn der, zur Auflassung in Betracht kommende Grund und Boden in immer weiterem Umfange als unveräußerlicher, stiftungsmäßiger Besitz festgelegt werden kann, sogar unter Begünstigung durch Stempel-Erlaß und Ermäßigung? Hier trifft übrigens der Vorwurf nicht in erster Linie die Regierung, sondern die Landtagsmehrheit, die im Frühjahr 1891 selbst den Vermittelungsantrag Francke (nat.-lib.) ablehnte, der die Regierung auffordern wollte, wenigstens „von der bisherigen Praxis der Begünstigung der Bildung von Fideicommissen durch den Erlaß von Stempelgebühren thunlichst Abstand zu nehmen". So eröffnet sich dem Verein für Socialpolitik hier in weitem Umfange die Möglichkeit, durch sachliche Aufklärung anregend und antreibend auf die Regierung, die Volksvertretung und die öffentliche Meinung einzuwirken, wie er dies zu wiederholten Malen mit erfreulichem Erfolge schon vermochte. Daß auch den Gegnern das Wort verstattet sein wird, zeigt die Ankündigung des Grafen Kanitz-Podangen zum „Referat vom praktischen Standpuncte aus". Wir werden das Referat abwarten, um zu sehen, ob es den Führer der gegen solche Reformen arbeitenden Agrarpartei in die Lage bringt, für seinen Widerstand zu den bekannten Gründen neue vorzubringen. An lebhaften Debatten wird es so wenig fehlen, wie im vorigen Jahre, nur mit dem Unterschiede, daß hier nicht die überstürzenden Ideen einer wissenschaftlich unklaren, mit dem Worte um so kräftigeren Jugend gegen den besonnen fortschreitenden Flügel der Reformbewegung anstürmen werden, sondern daß letzterer mit wissenschaftlichem Ernst und sachlichem Nachdruck versuchen wird, die jeglichem reformatorischen Entschluß widerstrebenden Elemente aus ihrer Position zu verdrängen. Für die hohe Bedeutung der Verhandlungen des Vereins und dessen Ansehen als Organ der Belehrung und Aufklärung in socialwirthschaftlichen Dingen wird dies um so zuträglicher sein.

— Der Bundesrath steht unmittelbar vor seiner längeren Vertagung. Die morgige, letzte Plenarsitzung vor derselben enthält 17 Nummern. Das gesammte, von dem Reichstag überwiesene Material wird nun zum Abschluß kommen, und mit Spannung sieht man den morgen bevorstehenden Beschlüssen des Bundesrathes über die Resolutionen des Reichstages entgegen, betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Gestellung militairischer Wachtposten zu polizeilichen Sicherheitszwecken, über Einschränkung der Militairposten und Revision der Vorschriften über den Gebrauch der Schießwaffen seitens der Militairposten. Auch über die erwähnten Anträge zum Gesetzentwurf über das Auswanderungswesen, über einen Gesetzentwurf, betreffend die Ersatzvertheilung, sowie über den gleichfalls erwähnten Entwurf von Bestimmungen für die Viehzählung 2c. wird sich der Bundesrath vor seiner Vertagung schlüssig machen.

— Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt heute:

„Oeffentliche Blätter knüpfen an die Versetzung des kaiserlichen Botschafters Herrn v. Radowitz von Konstantinopel nach Madrid die Bemerkung, daß dieselbe einen Rückschritt bedeute und glauben eine Begründung hierfür in dem Umstande finden zu sollen, daß der Posten in Konstantinopel mit 120 000 ℳ, der in Madrid nur mit 100 000 ℳ dotirt sei und überdies der freien Dienstwohnung entbehre. Diese Auffassung ist irrig; ein Rangverhältniß zwischen den kaiserlichen Botschaftern existirt nicht. Welche Botschaft sachlich die bedeutendere ist, hängt von der jeweiligen politischen Lage ab und wird durch persönliche, den Spielraum des Diplomaten erweiternde oder beengende Verhältnisse, sowie dadurch bedingt, ob an der einen oder der anderen Stelle Aufgaben zu lösen sind, welche besondere Eigenschaften erfordern. Das pensionsfähige Gehalt der kaiserlichen Botschafter ist überall dasselbe, der Unterschied in der Dotirung ihrer Stellungen ist nur dadurch bedingt, daß der eine Ort an sich theurer ist oder kostspieligere Repräsentation fordert als der andere. Schon öfter sind kaiserliche Botschafter aus einer besser dotirten Stelle in eine mit geringeren Einkommen, z. B. von London (150 000 ℳ) nach Paris (120 000 ℳ), versetzt worden, ohne daß man geglaubt hätte, ihre persönliche Werthschätzung davon beeinflußt zu sehen. Vielleicht läge die Auffassung nahe, daß die zur Zeit schwebenden Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Spanien der Regierung einen Anlaß zu dem Wunsche gegeben haben, daß sie dort, nach dem bedauernswerthen Ausscheiden des Herrn v. Stumm, durch einen ihrer auch nach dieser Richtung erfahrensten Beamten vertreten werde. Uebrigens haben wir gehört, daß die schon früher angeregte Frage, ob die Dotirung der Botschaft in Madrid den gegenwärtigen Verhältnissen noch entspricht, von Neuem in Erwägung gezogen werden wird."

— Der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß, ist nach kurzem Aufenthalt hierselbst nach Norderney weitergereist, um dort eine mehrwöchige Cur zu gebrauchen. Die Meldung eines Wiener Blattes, er denke demnächst in den Ruhestand zu treten, wird als aus der Luft gegriffen bezeichnet.

— Für den Bereich der preußischen Staatsbahnen sind, wie der „Köln. Volksztg." geschrieben wird, gemeinsame Vorschriften in Kraft getreten über die Beförderung von Personen zu ermäßigten Fahrpreisen für milde Zwecke. Gleichzeitig ist ein Verzeichniß beigegeben, welches sämmtliche in Betracht kommenden Vereine und Genossenschaften umfaßt, deren Mitglieder zu ermäßigten Fahrpreisen befördert werden. Es sind dies 1) Vereine und Genossenschaften, welche sich in Ausübung freier Liebesthätigkeit statutenmäßig der öffentlichen Krankenpflege widmen, 2) Heilstätten für scrophulöse Kinder der ärmeren Volksclassen, 3) Waisen-Anstalten, 4) Blindenanstalten, 5) Taubstummen-Anstalten, 6) Heil- und Pflege-Anstalten für epileptische Kranke und 7) öffentliche Kliniken und Krankenhäuser.

— Der Termin für die Versetzung eines Lehrers ist demselben möglichst frühzeitig bekannt zu geben. Diesen Grundsatz hat kürzlich der Cultusminister in einem Bescheid an eine königliche Regierung ausgesprochen und sich darin wörtlich wie folgt geäußert: „. . . Außerdem hat es mich überrascht, daß die königliche Regierung die Versetzung des genannten Lehrers erst am 26. März verfügt, trotzdem aber als Termin für den Stellenwechsel den 1. April bestimmt hat. Es leuchtet ein, daß daraus für den Lehrer erhebliche Schwierigkeiten erwachsen müssen und daß ihm die Möglichkeit einer wirksamen Gegenvorstellung genommen wird."

— Wie eine hiesige Correspondenz erfahren haben will, ist die neue Militair-Straf-Gerichts-Ordnung für das deutsche Reich, an deren Ausarbeitung auch höhere Officiere und Militair-Justizbeamte der Bundesstaaten Bayern, Sachsen und Württemberg theilgenommen haben, nunmehr so weit fertig gestellt, daß sie dem Reichstage in der nächsten Tagung wird vorgelegt werden können. Die Redactionscommission, an deren Spitze der General der Infanterie von Leszczynski, früherer commandirender General des IX. Armeecorps, stand, erhielt ihre Anweisungen unmittelbar von dem Kaiser. Im Wesentlichen sollen die Grundzüge der jetzigen preußischen Militair-Strafgerichts-Ordnung zur Richtschnur gedient haben. Wie jetzt, so zerfällt auch nach dem neuen Entwurf die Gerichtsbarkeit in eine niedere und eine höhere und wird ausgeübt durch Gerichtsherren (militairische Befehlshaber). Die Gerichte sollen nur die Befugniß haben Recht zu sprechen. Als erkennende Gerichte sollen a. Standgerichte (3 Richter, Officiere); b. Kriegs- und Oberkriegsgerichte (5 bis 7 Richter, darunter je ein Kriegs- resp. Ober-Kriegsgerichts-Rath); c. ein Reichs-Militair-Gericht (mit einem General als Präsidenten, mehreren Senatspräsidenten, Directoren und der erforderlichen Zahl von Richtern, bestehend aus höheren Officieren und Militair-Justizbeamten) vorgesehen sein. Zur Vertretung der Anklage werden Militair-Anwaltschaften bezw. eine Ober-Militair-Anwaltschaft eingerichtet, auch sollen Gerichtsschreibereien gebildet werden. Das Recht der Vertheidigung durch einen Dritten soll dem Angeklagten gewährleistet sein. Nicht mehr wie bisher, urtheilen die erkennenden Gerichte auf Grund der Acten, sondern auf Grund der vor dem Gerichte stattfindenden mündlichen Verhandlung mit dem Angeklagten und den etwa vorhandenen Zeugen. Die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlung scheint nicht zugelassen zu sein. Berufungen gegen ergangene Erkenntnisse stehen der Anklagebehörde sowohl als auch dem Angeklagten zu; in letzter Instanz entscheidet das Reichs-Militairgericht. Alle Erkenntnisse bedürfen der Bestätigung.

— Auf den speciellen Befehl des Kaisers wird eine deutsche Militairdeputation unter Leitung des Generals von Gottberg den diesjährigen italienischen großen Manövern beiwohnen.

— S. M. Kreuzercorvette „Sophie", Commandant Corvetten-Capitain Kirchhoff, ist am 6. Juli cr. in Port Said eingetroffen und beabsichtigt, am 7. d. Mts. die Heimreise fortzusetzen.

— Die gemischte Deputation der Berliner städtischen Behörden zur Förderung des Projectes der Weltausstellung in Berlin hat heute unter Vorsitz des Bürgermeisters Zelle beschlossen, den Communalbehörden die Bewilligung einer Summe von 10 Millionen Mark für den Garantiefonds vorzuschlagen. Als Ausstellungsjahr wurde spätestens das Jahr 1898 in Aussicht genommen. Von diesen Beschlüssen soll dem Reichskanzler, dem deutschen Handelstag, sowie den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft Kenntniß gegeben werden.

* Breslau, 5. Juli. Das hiesige socialdemokratische Blatt „Volkswacht" thut sich viel darauf zu Gute, ein bisher allerdings nur inhaltlich bekanntes Ministerialrescript, das sich gegen das Eindringen der socialdemokratischen Elemente in die Kriegervereine richtet, im Wortlaut veröffentlichen zu können. Das betreffende Regierungsrescript lautet:

Berlin, 24. Januar 1891. Geheim! Die in neuerer Zeit bei Gelegenheit der Verhandlungen, betreffend Maßregeln zur Abwehr des Eindringens socialdemokratischer Elemente in die Kriegervereine, gemachten Wahrnehmungen haben die Nothwendigkeit ergeben, nach Möglichkeit in geeigneter Weise auf diese Vereine dahin einzuwirken, daß dieselben in ihre Statuten besondere, auf Vaterlandsliebe und Königstreue bezügliche Bestimmungen aufnehmen. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, die in unserem Ausschreiben vom 10. December 1889 enthaltenen Vorschriften dahin zu ergänzen, daß die Erlaubniß zur Führung einer Fahne an Kriegervereine künftighin nur dann ertheilt werden wird, wenn der betreffende Verein, abgesehen von der Erfüllung der sonst vorgeschriebenen Bedingungen, in die Vereinssatzungen folgende Bestimmung aufgenommen hat: „Mitglieder, welche sich durch ihr Verhalten mit dem Zwecke des Vereins in Widerspruch setzen, insbesondere solche, welche der Anforderung der Pflege und Bethätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich nicht entsprechen, sind aus dem Verein auszuschließen." In jedem Falle, in welchem ein Kriegerverein diese Bestimmung in die Statuten aufgenommen hat, ist der Vereinsvorstand in geeigneter Weise (durch schriftliche Verfügung oder durch Eröffnung zu Protokoll) dahin zu verständigen, daß die obrigkeitliche Bestätigung des Vereins zurückgezogen wird, wenn der Vorstand bezw. der Verein dieser Vorschrift nicht nachkommt. Einer gefälligen Anzeige darüber, daß und wie dieser Anordnung Folge gegeben ist, sehen wir in jedem Falle, in welchem die Fahnenführung befürwortet wird, ganz ergebenst entgegen. Außerdem empfiehlt es sich aber auch, daß in Zukunft den neu zu gründenden Kriegervereinen die ortspolizeiliche Bestätigung erst dann ertheilt wird, wenn die vorbezeichneten Bestimmungen in den Vereinssatzungen zum Ausdruck gelangt sind. Wir ersuchen Ew. Excellenz ganz ergebenst, in diesem Sinne die Ihnen unterstellten Behörden mit entsprechender Weisung zu versehen und gefälligst darauf hinzuwirken, daß auch die in Ihrem Verwaltungsbezirk bereits bestehenden Kriegervereine entsprechende Bestimmungen in ihre Statuten aufnehmen. Der Minister des Innern. gez. Herrfurth. Der Kriegsminister. gez. v. Kaltenborn. An den königl. Oberpräsidenten, Wirkl. Geheimen Rath Herrn v. Seydewitz, Excellenz, Breslau.

* Marburg, 5. Juli. Die mit so großem Pomp und Wortschwall auf dem Dresdner Antisemitentage angekündigte Handwerkeragitation der hessischen Antisemiten unter Führung von Dr. Böckel fällt schon bei ihrem Anfang in Marburg, also im Centrum der Parteiorganisation, in sich selbst zusammen. Umsonst hat Dr. Böckel in seinem Leiborgan mit schwunghaften Phrasen zur Gründung eines „Mitteldeutschen Handwerkerbundes" aufgefordert, und zwar offenbar ohne jeden Auftrag seitens der übrigen deutschen Handwerkerverbände; umsonst hat er sich ein „Handwerkerprogramm" aus den Forderungen der verschiedensten Parteien nach berühmten Mustern zusammengestellt, umsonst verschrieb er sich einen geriebenen und „echten" Handwerkerredner anderswoher — es gelingt nichts mehr. Zwei Thatsachen dienen als drastische Belege. Die erste, in Marburg vor etwa 14 Tagen abgehaltene Antisemitenversammlung zur Gründung des „Mitteldeutschen Handwerkerbundes" war von ca. einem Dutzend Handwerker besucht. Die gestrige, zur Propaganda für den todtgeborenen Bund anberaumte und wegen Heranziehung der Landleute als Reservetruppe kluger Weise auf einen Marburger Jahrmarkt verlegte, war von 5—6 Handwerkern und einer größeren Anzahl Gegner Böckel's, im Uebrigen aber so spärlich besucht, daß das agitationsgewandte Bureau Dr. Böckel's das Fiasco wohl gewittert und die Versammlung schließlich gar nicht polizeilich angemeldet hatte, obwohl sie vorher mehrfach reclamemäßig angezeigt worden war. So dürfte die Handwerkeragitation Dr. Böckel's, von der er sich offenbar nichts Geringes versprochen, an dem gesunden Sinn der Marburger und damit auch der sonstigen oberhessischen Gewerbetreibenden scheitern. Vielleicht hat Dr. Böckel's mißglückter Hetzversuch nur den sehr dankenswerthen Erfolg, das gewerbliche Vereinswesen der oberhessischen Städte ein Stück weiter zu fördern, weil mehrere Anzeichen dafür sprechen, daß die Handwerker wegen der eigenthümlichen Art, wie Dr. Böckel einzelne Schlagworte aus der Innungsbewegung sinnlos für seine Zwecke benutzt, eine ernsthafte Erörterung ihrer Fachfragen in ihren bereits bestehenden Vereinen anstreben. Die Gewerbe- und Bürgervereine der oberhessischen Städte finden hier ein dankbares Feld für ihre Thätigkeit und die antisemitische Bauernbewegung wird vielleicht ähnlich im Sande verlaufen, wenn man den Widerwillen der gesunden bäuerlichen Elemente gegen die Hetzagitation Dr. Böckel's wirksam weiter unterstützt.

Weise widme. Wenn Jemand Gelegenheit gehabt hat, die Achtung und die Mißachtung der Menge zu beurtheilen, so bin ich und mein Mann das. Sie wissen ja, Herr Justizrath, wie die ersten Jahre unserer Ehe verlaufen sind. Wir waren nicht nur den gewöhnlichen Sorgen um das Leben ausgesetzt, wie es Tausende sind, sondern wir standen als Juden angefeindet, mißtrauisch verdächtigt, in unserem Erwerbe gehemmt und geschädigt im Lebenskampfe da. Was allen ehrlich geborenen Menschen ohne Weiteres zugebilligt wird, die Achtung, die gute Meinung, die mußten wir uns erst erkämpfen; was Jedermann ohne Legitimation geglaubt wird, der gute Wille, sich ehrlich zu nähren und ehrlich zu erwerben, das mußten wir erst beweisen!

Gnädigste Frau Geheimräthin — wem erzählen Sie das? Glauben Sie, ich kenne die Welt nicht?

(Fortsetzung folgt.)

Ein Franzose über Berlin.

Wiederum ein neues Werk*), in welchem ein Franzose seine von der Hauptstadt des deutschen Reiches empfangenen Eindrücke niedergelegt und seinen Landsleuten zur gefälligen Kenntnißnahme unterbreitet hat. Wie weit die letzteren damit zufrieden sind, wie vor Allem sie des Autors Geständniß: „si je n'aime pas Berlin, en revanche, je suis fort lié avec plus d'un Berlinois" aufnehmen werden, das bleibe dahingestellt, kümmert uns schließlich auch wenig — wir können im Großen und Ganzen mit dem Buche schon zufrieden sein. Wenn Gersal Berlin auch nicht liebt, es ist nicht „la capitale de ses rêves", so spricht doch aus dem, was er daran auszusetzen hat, keineswegs die Gehässigkeit des „Erbfeindes", des Revanche-Schreiers. Er befleißigt sich zweifellos einer großen Objectivität und sein abfälliges Urtheil deckt sich vielfach mit dem deutscher Stammesbrüder, die auch häufig genug enttäuscht dem vielgerühmten und vielgepriesenen Berlin den Rücken wenden. Daß dem an eine so viel reicher begnadete und herrlichere Natur Gewöhnten die Mark traurig und öde erscheinen muß, ist wohl selbstverständlich, und so ruft er denn auch aus: „Oh! la triste ville!" Die Anlage der Straßen in ihrer „monotonie en longueur", wie die Ausführung der Häuserbauten mißfällt ihm ebenfalls. An letzteren tadelt er lebhaft, daß Alles „talmi" ist: die Säulen, die Pfeiler imitiren den Granit und sind in Wirklichkeit aus Ziegelsteinen aufgeführt; die Cariatiden sind fertig gekauft bei einem Zinkstatuen-Fabrikanten; die Sculpturen, von denen man annehmen soll, daß sie in die Façade eingehauen seien, sind in Wirklichkeit in Gyps modellirt. Alles, was die moderne Industrie erfunden hat, um das Auge zu täuschen, findet sich hier vereint. Demgemäß bröckeln die Façaden nach und nach ab; der Gyps nimmt ein schmutziges Aussehen an, man ist zu fortwährenden Ergänzungen gezwungen, deren Farbe nicht mit dem Ganzen übereinstimmt. Daß dieses Urtheil völlig zutrifft und nicht nur auf Berlin, wird ein Jeder bestätigen müssen, der eine modern aufgebaute Häuserreihe einmal aufmerksamen Blickes betrachtet.

Ein weiteres Capitel ist den Monumenten gewidmet. Der Verfasser kommt hier zu dem Schluße, daß sie, anstatt malerisch die verschiedenen Etappen der Geschichte zu markiren, in erstickender Weise postirt sind: die einen, die des letzten Jahrhunderts, erscheinen wie „géants souvenirs d'une époque misérable"; den anderen, den ganz neu entstandenen, aufgestellt in der Trunkenheit des Triumphes, fehlt die richtige Harmonie, welche die Kunstvollendung ausmacht. Als schönstes Monument Berlins bezeichnet er das „alte Schloß"; es erweckt einen großen Eindruck der Gewalt und der Kraft. Aus der eingehenden Schilderung dieses Gebäudes spricht eine förmliche Begeisterung dafür. Ueber die „Borussia" hat der Berliner Volkswitz sich selbst recht schnöde geäußert: „Sie ist das einzige Mädchen in Berlin, das kein Verhältniß hat", und der Autor tischt diesen Witz auch seinen Landsleuten auf, selbstverständlich auf deutsch, da das Wortspiel im Französischen nicht wiederzugeben ist. Sehr viel des Interessanten erhält seine Schilderung des „Thiergartens", seiner äußeren Gestaltung, wie des in ihm sich bewegenden Publicums; wie er ebenso das Leben auf der „Spree" nicht nur oberflächlich kennt, sondern es sehr gründlich beobachtet haben muß, um es so eingehend schildern zu können.

Des Weiteren bespricht er dann „Berlin und die Berliner" und kommt zu dem ebenfalls zutreffenden Schluß, daß das eigentliche Berlinerthum durch den enormen Fremdenzuzug völlig aufgesaugt ist. Sehr eingehend führt er aus, was für eine Bewandniß es mit den Berlinern der sechziger und siebziger Jahre hatte, wie sie sich selbst überall erkannten und wie bekannt sie überall waren; wie damals der Berliner Witz blühte. Er erinnert an „Kladderadatsch" und sein „Berlin, wie es ißt und trinkt". „Ces hommes du peuple querelleurs, vaniteux, ivrognes et spirituels" — so charakterisirt er den ganzen Typus —, doch von ihm sei wenig noch zu spüren. Der sich fortwährend steigernde Fremdenzufluß habe ihn völlig in den Hintergrund gedrängt, eine Neugestaltung sei noch keineswegs eingetreten, und so könne man auch heute nicht von einem „Berliner" wie von einem „Wiener oder Pariser" sprechen. — Bei den Tischgewohnheiten der Berliner hebt er das häufige Essen hervor und schildert die Art der Mahlzeiten sehr eingehend, das Ungewohnte derselben verleitet ihn doch nicht zur Ungerechtigkeit, nur die schrecklichen Saucen der Berliner Restaurants bezeichnet er als „le cauchemar", das Alpdrücken, des Fremden. Sehr drollig ist seine Abhandlung über das Bier, seine genaue Analyse des „Weißbiers", der Weißbierkneipen und Weißbiertrinker. Auch hier wieder frappirt die eingehende und zuverlässige Beobachtung. Auch den „Kellnerinnen" widmet er ein ausführliches Capitel und gelangt wiederum zu Schlüssen und Vergleichen, die ihrer Objectivität halber volle Anerkennung verdienen. „Wein", „Cognac", „Kaffee und Cafés" füllen die ferneren Capitel und dann geht der Autor auf die „Gesellschaft" über. Die Vergleiche mit Paris sind in geistvoller Weise ausgeführt und reich an interessanten Einzelheiten. Ganz besonders zutreffend erscheint uns, was er über den die Gesellschaft völlig beherrschenden „Kastengeist" schreibt.

Darauf folgt ein Capitel „l'empereur". Gersal schildert sehr genau das Aussehen des Kaisers und sagt schließlich: eine Gesammt-Erscheinung, an der nichts auffällt, als die Miene einer angelernten Strenge (l'air de sévérité etudiée). Selbst wenn er lacht, und der Kaiser ist sehr heiter in seinem Innern, hat sein Lachen nichts Liebenswürdiges, es ist zu trocken, zu überwacht und wie zurückgehalten von dem kalten Blick. Die kaiserlichen Mahlzeiten schildert er sehr eingehend, und hebt dabei den einfachen Geschmack des Herrschers, wie den Umstand hervor, daß letzterer statt der bisher üblichen französischen Benennung der einzelnen Gerichte dafür deutsche eingeführt hat. Seine weitere Schilderung des Kaisers führt ihn zu dem Gesammtergebniß: Wilhelm II. erscheint wie ein Mann, der zuerst nicht anzieht, bei näherer Bekanntschaft aber gewinnt. Auch der Kaiserin widmet der Autor einige Worte, er schildert sie als groß, stark, das Gesicht unbedeutend, aber nicht unangenehm; man nennt sie sanft, schüchtern noch: c'est une femme simple, sans prétentions, ne faisant point parler d'elle. Etliche ironische Bemerkungen über den reichen Kindersegen, dessen sich das Kaiserpaar erfreut, wirken ganz amüsant.

In dem Capitel: „le monde savant" bestreitet er in erster Linie, daß es in jenen Kreisen „pedantisch" zugehe, und weiß seine Ansicht vom Gegentheil überzeugend wiederzugeben. Daß er als Franzose auch vom Eitelkeitsteufel besessen ist, beweist er in ziemlich drolliger Weise durch den Satz: „ils accueillent les français avec cordialité comme s'ils voulaient faire entendre que ce titre nous est à lui seul un brevet de savoir-vivre". Seine Charakteristik der deutschen Gelehrten lautet: „im intimen Verkehr erscheinen sie wie liebenswürdige Bürgersleute, die wenig von sich reden machen; Freunde des Comforts, guter Kost, guten Weines, einer angeregten Unterhaltung und nur eifersüchtig auf die Aufrechterhaltung ihrer einfachen Sitten bedacht." Er widmet dann noch einige warm anerkennende Worte dem Geheimrath Helmholtz, in dessen Hause er sich augenscheinlich sehr behaglich gefühlt hat; dem alten Mommsen, dessen Aeußeres er mit köstlichem Humor schildert, seiner geistigen Bedeutung aber vollstes Verständniß entgegenbringt: „er hat einen unbesiegbaren Geistesreichthum, ist aber auch beißend und gallenbitter. Aber das ist gleichgiltig, wer eine Unterhaltung, gewürzt mit maliciöser und feiner Ironie liebt, für den ist „une soirée chez Mommsen une veritable fête". In gleicher Weise wird er noch gerecht dem Professor Curtius, den er „l'idéal du parfait professeur" nennt, seine Gattin bezeichnet er als „une femme supérieure" und sagt ferner „ich werde nie den Abend vergessen, da ich das greise, fast achtzigjährige Paar zusammensitzend fand, Madame Curtius ihrem Gatten das bewunderungswürdige und ernste Gedicht Goethe's „Iphigenie in Tauris" vorlesend. Du Bois-Reymond nennt er „l'éminent physiologiste et un des spirituels causeurs de Berlin". Sehr schöne Worte findet er über Hermann Grimm, den er beklagt, daß er nicht nach Gebühr gefeiert werde; Treitschke, welchen er begeistert schildert, Zeller, Kiepert und Erich Schmidt.

Sehr Bemerkenswerthes enthält das folgende Capitel „l'officier"; der Autor entwickelt auch hier wiederum ein staunenswerthes Vertrautsein mit den wirklichen Verhältnissen und schildert ihre Licht- und Schattenseiten so zutreffend, wie dies wohl noch kein Franzose vor ihm fertig gebracht. Wir können auf den weiteren Inhalt des Buches nicht näher eingehen, glauben auch mit vorstehenden Hinweisen das Interesse des Lesers genügend geweckt zu haben, und sind gewiß, daß das Werk letzteres zu fesseln wissen wird. Sein Inhalt ist ein unglaublich reichhaltiger, kaum eine Erscheinung des öffentlichen Straßenlebens und des intimen gesellschaftlichen Verkehrs hat der Autor unbeachtet gelassen, mit einer jeden zeigt er sich vertraut und wird ihr, wie schon gesagt, in auffällig objectiver Weise gerecht. Wohl macht sich manche Schärfe des Urtheils bemerklich, doch nirgend kann man Gersal absichtliche Ungerechtigkeit sehen und eben so wenig der Unreifheit und Oberflächlichkeit, die so oft die Kritik seiner Landsleute über Deutschland beeinflußt — er ist kein milder Richter, aber auch kein gehässiger. Von der sonstigen Ausführung des Werkes wollen wir noch den häufig humoristisch gefärbten, äußerst amüsanten Plaudereien ebenso einen Zug von Poesie hervorheben, so daß das Ganze nirgends trocken oder doctrinair wirkt.

M—e.

*) L'Athènes de la Sprée par un Béotien. Croquis berlinois par Luc Gersal. Paris, Albert Savine, Rue des Pyramides.